

Spandauer Zeitung

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und städtische Behörden



Gesetzlich täglich erscheinende
mit Zusatzblättern der Sonn- und gesetzlichen Zeitung.
Geschäftsführer: Berlin-Spandau, Kreuzberger Straße 10.
Telefon: Spandau 120, 127, 128.

Regelmäßige Beilagen:
Wochenschrift: Spandauer Blätter; Zeitung: „Das Welt der Frau“ — Der Klempner.
Sondertitel: „Das wahre Rundschau.“

Bezugspreis: Goldmark 40 Pfennige
Postmünze einschließlich Goldpfennige
Spandau. Dem Deutschen Reich
die Postanstalten für den Wohl von
170 Goldmark ausreichend. Ge-
schäftsführer: Stettin. Aus-
sichtnahme hat der Verleger einen
Umfang auf Nachfrage oder
Rückfragen des Deutschen Reichs.
Druck und Verlag: Göttsche & Co.
Spandau. — Betriebswirtschafts-
Schriften für den Gesamtmarkt
ausreichend der „Bücherdruck“
Dona Rossmann. Spandau.

Bezugspreis: Goldmark 40 Pfennige.
Goldmark 20 Goldpfennige; die
Spandauer 15 Goldpfennige; Jahr-
hefte 10 Goldpfennige, im
vergrößerten Teil 1 Goldmark. Bei-
sogenenfalls bezahlt 10 Goldmark. 10
der Laufenden. Preisgestaltung 10
Goldpfennige. Seine Gewähr für
das Erreichen von Anzeigen an
bestimmten Tagen oder Stellen.
Verantwortliche Spandauer Bank
G. m. b. H. Spandau; Land-
wirtschafts- und Handelsbank G. m.
b. H. Spandau. — Postamt
Spandau: Berlin Kell. 7, Tel. 1707.

Nummer 14.

Sonnabend, den 17. Januar 1925.

32. Jahrgang.

Was will die Tausendjahrfeier des Rheinlandes?

Von Dr. Paul Ernst Frank.

Im Rheinland rüttet man mit Eifer, um durch würdige Feiern und große Ausstellungen in allen bedeutenden Städten der Freude über die tausendjährige Zugehörigkeit zum Deutschen Reich zu feiern und einen weit hin verniehbaren Ausdruck zu geben. Soll diese Tausendjahrfeier aber ihren Zweck wirklich erfüllen, dann wird durch Wort und Schrift von amtlich verantwortlicher und nicht-amtlicher Seite dafür gesorgt werden müssen, daß ihr Sinn klar und eindeutig verstanden wird. Denn es bedarf keines Zweifels, daß die Franzosen und die im Rheinlande unter französischem Schutz sich immer noch aufzuhaltende Vertreter vom Erfolg einer solchen Feier Sorge tragen werden, aus dieser Tausendjahrfeier Kapital für sich zu schlagen, indem sie einfach so argumentieren: wenn das Rheinland jetzt eine Tausendjahrfeier der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich begeht, dann hat es eben vor 925 nicht zu ihm, sondern zu Frankreich gehört. Man lache ja nicht über eine solche Geschichtsflitterung, sie liegt auf derselben Linie, wie die Behauptungen, Karl der Große sei ein Franzose gewesen, und mindestens der Rhein müsse deshalb die Grenze Frankreichs sein, zumal schon der Name anzeigen, daß Frankreich der einzige, echte Erbe des karolingischen Kaiserreiches sei.

Es ist klar, daß nicht energisch genug gegen eine solche Verfälschung des Sinnes der rheinischen Tausendjahrfeier, zumal im gegenwärtigen Moment, aufmerksam gemacht werden kann und muß. Nur darf man nicht ausdrücklich werden, daß es sich für die Rheinländer gar nicht darum handelt, denn, heute noch einen historischen Beweis für ihr Deutschtum erbringen zu wollen. Der ist durch die mehr als zweitausendjährige Geschichte erbracht: Caesar und Tacitus sind allzu weitschauende Objektive Zeugen für einen deutschen Rhein bereits lange vor der Völkerwanderung, als daß wir zu fürchten hätten, die Franzosen könnten sie wortlos schwärzen. Und nicht minder kann verhindert oder gelungen werden, daß die Völkerwanderung erst recht die Germanen an den Rhein und weit darüber hinaus in westlicher Richtung brachte, daß Franken, Burgunder und Alemannen auch aus dem linken Rheinufer vom Bodensee bis zur Rheinmündung sich festgesetzt hatten. Das Bewußtsein der Rheinländer ist also über jeden Zweifel erhaben, und auch die öffentliche Meinung ist davon anderer Ansicht, abgesehen vielleicht vom Elsass, wo dauernde französische Propaganda und französische Geschichtsfälschung tatsächlich für sich in dieser Richtung hat politische Kräfte machen können.

Der Ton bei der Tausendjahrfeier der Rheinländer ist deshalb zu legen auf ihre Zugehörigkeit zu einem Deutschen Reich, das es bekanntlich erst seit dem Sachsenkönig Heinrich I. gab. Denn vorher haben wir es mit dem karolingischen Universalreich zu tun, aus dessen Zerfall sich durch die Verträge von Verdun (843) und Mersen (870) ein fränkisches Westreich und ein fränkisches Ostreich herausbildeten. Die Grenze beider Reiche, die den natürlich gegebenen Verhältnissen entsprach, das heißt, die eine Grenze der Franken und Kaiserreiche war, verlor aber viel weiter westlich als die Grenze, die der Frankfurter Frieden 1871 zwischen Deutschland und Frankreich festlegte. Für die Einbildung dieser Grenze durch das ganze Mittelalter hindurch bis zu den Kriegen Ludwigs XIV. war es nun allerdings von Wichtigkeit, daß im Jahre 925 sich die Lothringer nach den innerpolitischen Wirken im Ostfrankenreich unter den letzten schwäbischen Karolingern dazu entschlossen, bei ihm zu bleiben, nachdem dort unter Heinrich I. eine Konföderation und innere Beruhigung eingesetzt hatte. Insoweit also handelt es sich mit Recht um eine Tausendjahrfeier.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß diese Tausendjahrfeier der Zugehörigkeit der Rheinländer zu einem Deutschen Reich nicht gleichzeitig auch das Deutschtum dieser preußischen Provinz betonen will, aber eben nicht in dem Sinne einer unnötigen historischen Beweisführung, sondern um den Willen zum Deutschtum und zum Reich vor aller Welt einzutragen. Sie soll ein Zeugnis sein gegen alle Verfälschungen und Verdrüngungen, als ob das Rheinland nichts schändlicher würde, als vom Reich loszulassen und als eine Rheinrepublik sich unter französischem Schutz zu stellen. Die Welt soll von neuem und in recht eindringlicher Weise erfahren, daß diese Rheinländer gar nicht daran denken, sich vom Reich trennen zu wollen. Ein Belegnis zu einem freien deutschen Rhein soll diese Tausendjahrfeier sein, und gerade das gibt ihr eine ganz besondere Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick, wo für uns durch die Nichträumung der Kölner Zone der Kampf um den deutschen Rhein in ein neues schwieriges Stadium getreten ist. Es wird nicht nur Sache der Rheinländer, sondern des gesamten deutschen Volkes, und erst recht der Auslandsdeutschen, sein, daß die rheinische Tausend-

Regierungserklärung am Montag

Das Geduldsspiel.

Der am Donnerstag ernannte Reichskanzler Dr. Luther kann heute das vielgeruhte Wort des Reformators, dessen Namen er trägt, zu dem Stechkuhler abwandeln: „Hier ist ich — immer noch“. Nach endlosem Feilschen glaubte man um die Mitte der Woche endlich so weit zu sein, daß Luther sein Kabinett würde zusammenbringen und dem Reichstag vorstellen können. Zunächst verzögerte sich aber die Bekanntgabe, doch glaubte Dr. Luther am Donnerstag, dem Tage seiner Ernennung, die Regierungserklärung vor dem Reichstag abgeben zu können. Statt dessen: neuer Aufschub. Einige Ministerposten waren noch unbesetzt, wenn auch „angeboten“; der frischere preußische Finanzminister Gaemisch, dem das Finanzministerium zugeschoben war, zögerte noch, ebenso der Kölner, dem Zentrum nahestehende Oberlandesgerichtsrat Schumacher, dem das Ministerium der Justiz und der besetzten Gebiete ungetragen war. Jüngst glaubte man, im Laufe des Freitags die noch schmalen Zustagen erhalten zu können, sodass die Regierungserklärung auf Freitag-Abend angesetzt wurde. In den frühen Mittagsstunden kam plötzlich die neue Enttäuschung: Gaemisch und Schumacher lehnten ab, die Regierungserklärung wurde (einsteuern) auf Montag verlegt.

Die plötzliche Absehung der Regierungserklärung von der Tagesordnung der gestrigen Sitzung hat im Parlament gräßiges Unheil heraufgeworfen, und man hat in parlamentarischen Kreisen auch die offizielle Begründung dieser Verzögerung als sehr düstergestimmt. Man glaubt in diesen Kreisen, über die wahren Ursachen besser informiert zu sein und erklärt, daß sich in der Kabinettssitzung bei Formulierung der Regierungserklärung erhebliche Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Fragen ergaben haben. Diese bestanden insbesondere hinsichtlich der Aufwertungsfrage, und deshalb war es von besonderer Bedeutung, daß der Finanzministerposten vor Formulierung der Kabinettserklärung befreit wird. In diesen Rahmen paßt auch durchaus die Dringlichkeit, mit der sich Dr. Luther erneut an den südlichen Finanzminister Reinhold wegen Übernahme dieses Ministerpostens gewandt hat.

Über der Wirkung von Gaemisch wandte sich, wie hierzu verlautet, Dr. Luther noch in der vergangenen Nacht telefonisch an den südlichen Finanzminister Reinhold, der der Deutschen demokratischen Partei angehört, und bat ihn dringend, nach Berlin zu kommen. Dr. Reinhold ist dann am Freitag aus Dresden in die Reichshauptstadt eingetroffen. Die demokratische Fraktion ließ daraufhin dem Reichskanzler wissen, daß sie unter keinen Umständen in eine solche Berufung einwilligen würde, weder als Fraktion, noch als Partei, da sie sich mit dem Kabinett parteipolitisch nicht zu identifizieren wünsche. Der Reichskanzler wandte sich daraufhin an den Reichspräsidenten und bat ihn, seine Kräfte einen Druck auf die Demokraten auszuüben. Auch diese Aussprache mit den demokratischen Vertretern verlief ergebnislos. In einer späteren Unterhaltung Dr. Reinholds mit dem Reichskanzler erklärte er diesem, daß er sich dem Beschluss der demokratischen Fraktion hingen werde. Der Reichskanzler denkt nun mehr davon, den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Kopik, der sich nach dem Ausstreiten des Staatssekretärs Schröder immer mehr in den Hintergrund schob, zum Finanzminister ernennen zu lassen.

jahrfeier in diesem Kampfe um den Rhein als deutschen Strom ein wertvolles politisches Mittel wird — denn da uns die wütlichen Waffen fehlten, um mit ihrer Hilfe uns unser Recht zu erkämpfen, so werden wir umso mehr mit den Waffen des Geistes zu kämpfen haben —, und nur, wenn wir verstehen, daß Tausendjahrfeier des Rheinlandes zu einer solchen geistigen Macht werden zu lassen, wird sie ihren Zweck erfüllen.

Vier Todesurteile gegen deutsche Offiziere!

→ Funkspruch der „Sp. Sta.“

Paris, 17. Januar.

Das belgische Kriegsgericht von Lüttich hat gestern gegen den deutschen Oberst Hechmann und den deutschen Major Hedemann in Abwesenheit verhandelt. Die deutschen Offiziere werden der Söldung von 121 Personen aus der Gegend von Rossignol im Jahre 1914 beschuldigt. Vier Offiziere wurden zum Tode verurteilt.

Das belgische Kriegsgericht Namur hat gestern in Abwesenheit gegen drei deutsche Offiziere verhandelt, gegen den Major Heyne vom 3. Alane-Regiment, der beschuldigt wird, einen 18jährigen Bahnangestellten in Templeux erschossen zu haben, gegen den Hauptmann

Wie weiter verlautet, bereitet aber auch die Formulierung des außenpolitischen Teils der Regierungserklärung gewisse Schwierigkeiten, da Dr. Stresemann in der Räumungs- und Entwaffnungsfrage mehr einer zurückhaltenden Formulierung zuneigt, während andere Kabinettsmitglieder für eine starke Geste sind.

Das Russlandsecho.

Das neue Kabinett Dr. Luther findet in Großbritannien und Frankreich keine herzliche Aufnahme. In der ü. europäischen Presse ist die Aufregung ziemlich groß. Die Regierung Luther, so berichtet der „Matin“, sei weder parlamentarisch noch republikanisch noch enthaltsmäßig. Die äußere Verträglichkeit sei ebenfalls fraglich. Die Herrschaft nahmende Presse sieht in dem Kabinett Dr. Luther ein übergeordnetes und beweist, daß die innerpolitische Entwicklung Deutschlands wesentlich davon abhängen dürfte, was die Franzosen tun.

Die englische Presse spricht von einer neuen Junta-Politierung, zweifelt aber nicht daran, daß die Außenpolitik von Marx-Stresemann fortgesetzt wird. Sie glaubt, daß das Zentrum die neue Regierung vorsichtig beobachten und in dem Augenblick erledigen werde, in dem sie von der Richtlinie der Außenpolitik der Mitte abweicht. „Daily Telegraph“, das der Regierung Baldwin nahestehende Blatt, widmet dem Kabinett Luther einen Artikel, in dem es heißt, alle Politiker des neuen Kabinetts hätten, vorläufig, auf Feindseligkeiten gegen die Republik verzichtet. Das Zentrum habe gezeigt, daß es keine Kundgebungen reaktionären Geistes aufzulassen werde. Trotz allem, der Kanzler sei da, und werde, so möglichstweise in der sozialistischen Außenpolitik „ihre“ Forderungen erfüllen. Die gelehrte Fortschreibung verleiht zu einer Bedingung gemacht worden sei und die ordnungsmäßige Fortschreibung des Domes-Wanes von einer großen Mehrheit des Reichstages begrüßt werden. Es sei, wie es wolle, niemand tönen ein deartiges Kabinett als etwas anderes als einen Notstand anzusehen, das kurz und ruhlos sein werde. Anscheinend werde es lange dauern, bis ein geheimer Zustand in der Regierung Deutschlands erzielt werden könnte.

Die amerikanischen Blätter glauben an die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik.

Der Kampf um Preußen.

Berlin, 17. Januar. (Eigene Meldung.)

Die inoffiziellen Gespräche über eine eventuelle Bildung der preußischen Regierung zwischen Vertretern der Deutschen Nationalen und des Zentrums haben noch zu keiner Annäherung geführt. Dem Zentrum sind neuerdings aber auch in den eigenen Reihen gewisse Schwierigkeiten erwachsen, da auch hier der linke Flügel sich unbedingt dagegen sträubt, in Preußen einen Bürgerkrieg schaffen zu lassen. Die Auffassung hat daher durchaus etwas für sich, daß das Zentrum aus parteipolitischen Gründen dazu nektet, die Regierungsbildung in Preußen zunächst zu vertagen und die Dinge vorläufig beim alten zu lassen.

Im preußischen Landtag begann gestern die Aussprache über die Mittwochsverklärung des Ministerpräsidenten Braun. Der Redner der Deutschen Volkspartei, Wdg. von Campe, verlangte, daß der Ministerpräsident die Vertrauensfrage stelle und sich nicht mit einem abgelehnten Misstrauensvotum absinden werde. Ministerpräsident Braun antwortete, daß, solange der Landtag seinem Kabinett nicht das Vertrauen entziehe, er weiter im Amt bleiben werde. Die Aussprache wird am Dienstag fortgesetzt.

Collant der angeblich überführt sei, einen Geistlichen eines Laubblumeninstitutes ermordet zu haben und das Schloss Bonniers in Brand gestellt zu haben, so daß die verwundeten Franzosen und Belgier, die sich darin befanden, im Feuer umgekommen seien, und britens gegen den Oberst Ompteda, der angeblich überführt sei, vier Häuser in Flavion in Brand gestellt zu haben. Das Gericht verurteilte Heyne und Collant zum Tode und Ompteda zu 20 Jahren Zwangsarbeit.

In letzter Zeit, seit dem Fall Mathius, häufen sich die Schandurteile der französischen und belgischen Kriegsgerichte. Heute liegen nun gar vier Todesurteile vor! Derartige Urteile, die ohne Ablöse der Gegenseite gefällt werden und sich bei der Nachprüfung als Tendenzurteile erweisen, sind nur geeignet, die politische Atmosphäre noch mehr zu vergiften, als das ohnehin schon durch andere rechtswidrige Handlungen, vor allem durch den Rechtsbruch von Köln, geschieht.

Der Deutschenmord in Mexiko.

Mexico, 17. Januar. In Verbindung mit dem Mord an den Deutschen ging der wurden sieben Banditen von verfolgender Kavallerie gesangen genommen und summarisch erschossen.